SSOAR

Open Access Repository

www.ssoar.info

Von der Betreuung zur Eigenverantwortung: neuere Entwicklungstendenzen bei Migrantenvereinen in Deutschland

Hunger, Uwe

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Hunger, U. (2002). *Von der Betreuung zur Eigenverantwortung: neuere Entwicklungstendenzen bei Migrantenvereinen in Deutschland.* (Münsteraner Diskussionspapiere zum Nonprofit-Sektor, 22). Münster: Universität Münster, FB Erziehungswissenschaft und Sozialwissenschaften, Institut für Politikwissenschaft Civil-Society-Network. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-372237

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

UWE HUNGER

VON DER BETREUUNG ZUR EIGEN-VERANTWORTUNG

NEUERE ENTWICKLUNGSTENDENZEN BEI MIGRANTENVEREINEN IN DEUTSCHLAND

MÜNSTERANER DISKUSSIONSPAPIERE ZUM NONPROFIT-SEKTOR

22

NOVEMBER 2002

ARBEITSSTELLE

AKTIVE BÜRGERSCHAFT

AN DER WESTFÄLISCHEN WILHELMS – UNIVERSITÄT MÜNSTER

Die Arbeitsstelle Aktive Bürgerschaft an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster ist eine Gemeinschaftsinitiative der Universität und des von genossenschaftlichen Organisationen getragenen Vereins Aktive Bürgerschaft e.V..

Aufgabe der Arbeitsstelle ist der Transfer von Forschungsergebnissen zum bürgerschaftlichen Engagement und zu gemeinnützigen bzw. Nonprofit-Organisationen an Interessierte. Die Arbeitsstelle leistet dies durch die Ausrichtung von Tagungen, die Betreuung der im Leske+Budrich Verlag erscheinenden Reihe „Bürgerschaftliches Engagement und Nonprofit-Sektor“ sowie durch die „Münsteraner Diskussionspapiere zum Nonprofit-Sektor.“.

Die Arbeitsstelle ist ferner an der Verleihung des Wissenschaftspreises „Aktive Bürgerschaft“ beteiligt. Ausgezeichnet werden hervorragende Dissertationen und Habilitationen der Geistes-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, die sich thematisch mit dem Engagement von Einzelnen, Initiativen oder Organisationen im Dienst der Demokratie und/oder des Gemeinwohls beschäftigen. Die prämierte Arbeit wird in der Schriftenreihe „Bürgerschaftliches Engagement und Nonprofit-Sektor“ beim Verlag Leske+Budrich veröffentlicht. Die aktuellen Ausschreibungsmodalitäten können jederzeit unter http://www.aktive-buergerschaft.de abgerufen werden.

Aktuelle Informationen zur Arbeitstelle sowie die „Münsteraner Diskussionspapiere zum Nonprofit-Sektor“ finden Sie zum download unter http://dritte-sektor-forschung.de .

MÜNSTERANER DISKUSSIONSPAPIERE ZUM NONPROFIT-SEKTOR

Nr.1 SCHMITZ, SVEN-UWE: Die Tugenden des Demokraten

Nr.2 NÄHRLICH, STEFAN: International Philanthropic Transfers – Länderbericht Deutschland

Nr. 3 ZIMMER, ANNETTE/PRILLER, ECKHARD: Gemeinnützige Organisationen im gesellschaftlichen Wandel

Nr. 4 GREVE, ROLF: Globalisierung der Wirtschaft

Nr. 5 JÜTTING, DIETER: Lokale Vereinslandschaften und sozialer Reichtum

Nr. 6 KLEIN, ANSGAR: Der Diskurs der Zivilgesellschaft. Politische Kontexte und demokratietheoretische Bezüge der neueren Begriffsverwendung

Nr. 7 KEVENHÖRSTER, PAUL: Kampf der Kulturen oder multikulturelle Welt?

Nr. 8 GABRIEL, KARL: Kirche und Glauben im gesellschaftlichen Wandel

Nr. 9 CREDE, DANIELA: Der Verein als – zentrales ? – Element bürgerschaftlichen Engagements

Nr. 10 PRILLER, ECKHARD/ZIMMER, ANNETTE: Der Dritte Sektor in Deutschland. Seine Perspektiven im neuen Millennium

Nr. 11 ZIMMER, ANNETTE (Hrsg.): Annotierte Bibliographie zum Dritten Sektor in Deutschland (deutsch/englisch)

Nr. 12 VILAIN, MICHAEL/BÜCKER, INGO/KANBACH, FRAUKE/WILLIGES, OLIVER/KAPP, STEPHAN: Licht und Schatten im Sportverein. Erfolgs- und Risikofaktoren am Beispiel der Organisationsanalyse des TuS Hiltrup e.V.

Nr. 13 VILAIN, MICHAEL: Ziele, Strategien und Strukturen erfolgreicher Vereine

Nr. 14 FRANTZ, CHRISTIANE: Neues Spielfeld für NGOs? Nationalstaaten und NGOs in der transnationalen Politik

Nr. 15 FINIS-SIEGLER, BEATE: NPOs ökonomisch betrachtet

Nr. 16 THEUVSEN, LUDWIG: Stakeholder-Management - Möglichkeiten des Umgangs mit Anspruchsgruppen

Nr. 17 LENZEN, MARCUS: Die Rolle der NGOs in der Entwicklungszusammenarbeit

Nr.18 ZIMMER, ANNETTE: Service Clubs heute – Tradition und Perspektiven

Nr. 19 GROWE, DIRK: Fundraising und NGOs – die alte Frage nach dem Geld neu gestellt

Nr. 20 BERGER, ANDREAS: Lobbying: Strukturen, Akteure, Strategien. Protokoll zur Tagung vom 16.-17. November 2001

Nr. 21 HUNGER, UWE (HRSG.): Einwanderer als Bürger. Initiative und Migrantenselbstorganisationen.

Nr. 22 HUNGER, UWE: Von der Betreuung zur Eigenverantwortung. Neuere Entwicklungstendenzen bei Migrantenvereinen in Deutschland

Uwe Hunger[1]

Von der Betreuung zur Eigenverantwortung.

Neuere Entwicklungstendenzen bei Migrantenvereinen in Deutschland

1. Einleitung

Ausländische „Mit-Bürger“ werden in der Öffentlichkeit und im wissenschaftlichen Diskurs zumeist als Objekte inländischer Politik und Interessen wahrgenommen. Ansätze, die Migranten als „aktive Bürger“ und gestaltende Subjekte der Aufnahme-Gesellschaft begreifen, sind eher selten. Wenn es um das Thema Integration geht, richtet sich der Blick in erster Linie auf den Staat, verbunden mit der Frage, welche Maßnahmen dieser zu ergreifen habe, um eine möglichst rasche und erfolgreiche Integration zu ermöglichen. Daneben gibt es vereinzelt Ansätze, den Prozess der Integration dem „Markt“ zu überlassen, der am besten über den Bedarf von Einwanderung und Einwanderern entscheiden könne. Voraussetzung sei ein freier Zugang von Migranten zu einzelnen Märkten (Arbeitsmarkt, Wohnungsmarkt etc.).[2] In dem vorliegenden Aufsatz soll die Perspektive der Integrationsforschung um eine neue Perspektive erweitert werden: Es wird dargestellt, wie Migranten, die sich in Vereinen und Selbsthilfegruppen zusammengeschlossen haben, ihren Eingliederungsprozess selbst beeinflussen und gestalten.

Zunächst wird auf die Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte von Migrantenselbstorganisationen in Deutschland eingegangen (Punkt 2). Es wird gezeigt, wie ausländische Selbsthilfevereine las Reaktion auf Defizite bei den Betreuungsangeboten deutscher Wohlfahrtsverbände entstanden sind und nach und nach selbständige, effektive Interessenvertretungen aufgebaut haben. Punkt 3 des Papers zeigt in einem sy-

[1] Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Institut für Politikwissenschaft, Platz der Weißen Rose/ Scharnhorststraße 100, 48151 Münster, Deutschland; Tel: ++49-251-8329408, Fax: ++49-251-8329356, E-Mail: hunger@uni-muenster.de.
Die vorgestellten Ergebnisse stammen aus dem von der Volkswagen-Stiftung finanzierten Forschungsprojekt „Einwandererkulturen, Netzwerke und ihre Integrationsqualität. Eine komparative Analyse im Vergleich der Bundesländer und Zuwanderernationalitäten“, das derzeit am Institut für Politikwissenschaft der Universität Münster durchgeführt wird. Für die Unterstützung der Volkswagen-Stiftung bedankt sich der Autor sehr herzlich.
[2] Vgl. hierzu etwa die Auseinandersetzung um die Regulierung oder Nicht-Regulierung von Zuwanderern auf dem deutschen Bauarbeitsmarkt in den 90er Jahren (Hunger 2000).

stematischen Überblick die verschiedenen Typen und Funktionen derzeitig bestehender Migrantenvereine. Punkt 4 des Papers verdeutlicht unterschiedliche Entwicklungslinien von Migrantenorganisationen in Abhängigkeit von der Zuwanderungsgruppe. Es wird gezeigt, dass Einwanderer aus Italien, Spanien, Griechenland, dem ehemaligen Jugoslawien und der Türkei ihrer Arbeit jeweils unterschiedliche organisatorische und inhaltliche Schwerpunkte zugrunde gelegt haben. Inwieweit die unterschiedliche Organisationsentwicklung Einfluss auf verschiedene Integrationskennwerte der verschiedenen Zuwanderungsgruppen hat, wird in Punkt 5 untersucht. Auf dieser Basis wird am Ende des Papers ein Ausblick gegeben, welche Rolle Migrantenselbstorganisationen im Integrationsprozess von Zuwanderern zukünftig spielen können.

2. Entstehung und Entwicklung von Migrantenselbstorganisationen in Deutschland

Die Zuwanderung in die Bundesrepublik Deutschland in den 1950er und 1960er Jahren hatte zunächst ausschließlich wirtschaftliche Gründe. Ein Nachfrageüberhang nach Arbeitskräften in der Landwirtschaft und im industriellen Sektor sollte durch den Import ausländischer Arbeitnehmer ausgeglichen werden. Es wurden jedoch neben den wirtschaftlichen Motiven auch soziale Fragen des Arbeitskräfteimports politisch bedeutsam. Max Frisch formulierte bald das berühmte Wort „von den Arbeitskräften, die wir riefen, und den Menschen, die kamen“. Diese Menschen sahen sich vielfältigen Problemen gegenüber: Sie beherrschten die deutsche Sprache nicht, ihre Rechtslage war häufig unsicher, sie lebten getrennt von ihren Familien, und der Zeitpunkt ihrer Rückkehr in ihre Heimat war ungewiss. Um die soziale Versorgung der Zuwanderer in Deutschland zu verbessern, wurden die deutschen Wohlfahrtsverbände mit der Migrantenbetreuung beauftragt.

2.1 Betreuung durch die Wohlfahrtsverbände

Die Fürsorgefunktion der Wohlfahrtsverbände für Zuwanderer besitzt in Deutschland eine lange Tradition. Bereits im 19. Jahrhundert fungierte die Caritas als Beratungs- und Fürsorgeeinrichtung für polnische und italienische Arbeitsmigranten, die für den Ruhrkohlebergbau nach Deutschland einwanderten. An diese Tradition konnte die Gastarbeiterbetreuung in den 1950er und 1960er Jahren anknüpfen. Ohne dass es hierüber eine offizielle Vereinbarung oder eine entsprechende Gesetzgebung gegeben

hätte, wurde in informellen Absprachen die Zuständigkeit der Sozialberatung für ausländische Arbeitskräfte und deren Familienangehörige paritätisch auf die verschiedenen Wohlfahrtsverbände der Bundesrepublik Deutschland verteilt. Der Verteilungsmodus richtete sich hierbei nach Religions- und Konfessionszugehörigkeiten der Zuwanderer. So wurde die Caritas für die katholischen Migranten aus Italien, Spanien und Portugal für „zuständig" erklärt. Das Diakonische Werk betreute griechische Einwanderer, und die Arbeiterwohlfahrt übernahm die Betreuung jugoslawischer und türkischer Zuwanderer sowie aller weiteren Anwerbeausländer außerhalb Europas (Puskeppeleit/Thränhardt 1990: 47-50).

Die Anbindung der verschiedenen Nationalitäten an die unterschiedlichen Wohlfahrtsverbände wirkt bis in die Gegenwart fort. Auch wenn es in der Zwischenzeit zahlreiche eigenständige Organisationsgründungen von den Migranten gegeben hat, besteht bis heute eine große Verwobenheit und zum Teil auch Abhängigkeit zwischen den Migrantenselbstorganisationen und „ihren" Wohlfahrtsverbänden. Ihre Aufgabe sahen die Wohlfahrtsverbände vor allem in der sozialen Betreuung der Einwanderer durch die Einrichtung von Treffpunkten und die Veranstaltung von kulturellen Festen sowie in der Beratung ihrer Klientel, angefangen bei praktischen Alltagsfragen bis hin zu speziellen Rechtsproblemen. Noch heute beschäftigen die Wohlfahrtsverbände eine Vielzahl von Sozialberatern, die für Alt- und Neueinwanderer tätig sind. Neben ihrer Sozialfunktion übernahmen die Wohlfahrtsverbände zunehmend auch eine politische Funktion, indem sie sich als Sprachrohr und Interessenvertreter der Migranten in Deutschland betätigten, ohne allerdings die Betroffenen selbst demokratisch in ihr Verbandssystem einzubinden. Von Seiten der Forschung wird dies kritisiert, weil es künstliche Abhängigkeiten zwischen Helfer und Klient geschaffen und die Eigeninitiative der Migranten für lange Zeit gehemmt habe (Puskeppeleit/Thränhardt 1990).

2.2 Gründung deutscher Initiativgruppen

Nicht zuletzt infolge des paternalistischen Charakters in der Betreuung durch die sozialen Wohlfahrtsverbände entwickelte sich parallel zu dem oben beschriebenen Prozess eine zweite Initiative in der Sozialbetreuung von Migranten jenseits der kirchlichen und wohlfahrtsstaatlichen Betreuungssysteme. Auslöser dieser Entwicklung war das zivilgesellschaftliche Engagement in der deutschen Bevölkerung, die die anfänglich überaus schlechten Lebensbedingungen angeworbener ausländischer Arbeitnehmer in Deutschland verbessern helfen wollte. Vielerorts schlossen sich engagierte

Bürger zusammen und gründeten selbstverwaltete Gruppen und Vereine, die sich für die konkrete Verbesserung der Lebensumstände von Migranten in ihrer Umgebung einsetzten (Haug 1985).

Im wesentlichen können zwei Formen von Initiativgruppen unterschieden werden: „Zum einen waren humanistisch-idealistische Gründe für das Engagement der MitarbeiterInnen ausschlaggebend; MigrantInnen sollten bei ihren Problemen Hilfsangebote erhalten. [...] In das vorherrschende Subsidiaritätssystem eingebettet, wurde staatliche und wohlfahrtsverbandliche Sozialarbeit durch diese Initiativgruppen substituiert“ (Thränhardt/Dieregsweiler 1999: 15). Zum anderen knüpften die Gruppen und Vereine an die Idee einer „gleichberechtigten Initiativpolitik von MigrantInnen und Deutschen sowie durch die Unterstützung von Selbsthilfebestrebungen der EinwanderInnen“ (ebd.) an. Ende der siebziger Jahre wurde ein bundesweiter Verband der Initiativgruppen in der Ausländerarbeit (VIA e.V.) gegründet, der bis heute einen bedeutenden Beitrag für die Sozialarbeit im Migrationsbereich leistet.[3]

2.3 Entstehung von ausländischen Selbsthilfevereinen

Insbesondere aus dem zweiten Typus der Initiativgruppen heraus entwickelte sich in den Folgejahren ein eigenständiges System von Migrantenselbstorganisationen, die sich der Probleme ausländischer Arbeitnehmer und deren Familien bei ihrer Lebensgestaltung annahmen. Die Zusammenschlüsse erfolgten aufgrund der Sprache und Kultur einerseits innerhalb der einzelnen Nationalitätengruppen, so dass „in den 70er Jahren [..] alle größeren MigrantInnengruppen aus der Anwerbezeit ihr Organisationswesen etabliert“ (ebd.) hatten. Andererseits gründete sich eine Reihe multinationaler Zusammenschlüsse. Aus einer Auswertung eines bundesweiten Archivs eingetragener Vereine mit ausländischen Gründern/Vorständen geht hervor, dass das Verhältnis von herkunftshomogenen, herkunftsheterogenen und deutsch-ausländischen Vereinen in Deutschland in etwa auf 8:1:1 geschätzt werden kann (exakt: 82,6% / 6,4% / 11%).[4]

Ein Grund für die Gründung ausländischer Selbsthilfeorganisationen ist auch in dem defizitären Angebot der Wohlfahrtsverbände zu sehen. Infolge der weithin vorherr-

[3] So betreuen Mitarbeiter der VIA die in der vorhergehenden Fußnote erwähnten „neuen Arbeitsmigranten“ in der Bauwirtschaft, deren Arbeits- und Lebenssituation trotz der Fortschritte in anderen Bereichen sehr prekär ist (vgl. hierzu Hunger 2000).

[4] Die Studie wird im folgenden zitiert als: *Organisationsstudie „Ausländische Vereine in Deutschland, Institut für Politikwissenschaft (IfPol), Westfälische Wilhelms-Universität (WWU) Münster 2001.*

schenden Vorstellung der „Zuwanderung auf Zeit“ bezogen die Wohlfahrtsverbände die Migranten nicht vollständig in ihr Organisationssystem mit ein und behandelten sie auch nicht als gleichberechtigte Mitglieder. Die fehlende Öffnung der Betreuungssysteme für Migranten wurde durch die Gründung eigener Zuwandererorganisationen kompensiert. Impulse zur Vereinsgründung kamen darüber hinaus auch aus dem Heimatland, das durch finanzielle Unterstützung die Heimatverbundenheit der Auswanderer fördern wollte. Vor dem Hintergrund der vielfach problematischen politischen Situation im Heimatland bzw. der problematischen politischen Beziehungen zwischen dem Herkunftsland und Deutschland, wie etwa im Fall Jugoslawiens, waren mit diesen Unterstützungszahlungen vor allem politische Absichten verbunden.

Sieht man von diesen politischen Hintergründen ab, war die inhaltliche Ausrichtung der Selbstorganisationen zunächst sehr stark von der einwanderungsgeschichtlichen Situation der Arbeitszuwanderung geprägt. Viele Selbstorganisationen konstituierten sich als „Arbeitervereine“, die als Begegnungszentren für ihre Landsleute nach Feierabend fungierten. Mit der zunehmenden Verstetigung der Einwanderung kam es jedoch zu einer Ausdifferenzierung der Migrantenselbstorganisationen und ihrer Funktionen. Neben den erwähnten Arbeitervereinen haben sich bereits sehr früh auch religiöse Zusammenschlüsse formiert, und es wurden vermehrt Vereine gegründet, die sich konkret der Lebenshilfe ihrer Bevölkerungsgruppen in Deutschland widmeten. So gründeten sich neben Freizeitvereinen z.B. auch Elterninitiativen, die sich um die schulische Situation ihrer Kinder kümmerten, und später auch Berufsverbände ausländischer Selbständiger. Seit den neunziger Jahren ist schließlich auch ein Trend zu beobachten, dass sich Migranten-Interessenverbände formieren, die um größeren politischen Einfluss für ihre Gruppe in Deutschland kämpfen. Im folgenden Abschnitt sollen die wichtigsten Vereinstypen und ihre Funktionen näher charakterisiert werden.

3. Typen und Funktionen von Migrantenselbstorganisationen

3.1 Begegnungszentren (früher „Arbeitervereine“)

Da Einwanderer zunächst als Arbeiter nach Deutschland kamen, konstituierte sich zunächst der Vereinstypus des sog. „Arbeitervereins“, in dem sich die Arbeitsmigranten innerhalb ihrer Bevölkerungsgruppe zusammenschlossen. Obgleich der Name dieser Vereine vermuten lässt, dass es sich hierbei um quasi-gewerkschaftliche Zusammenschlüsse handelt, trugen diese Vereine einen eher unpolitischen Charakter und

dienten schlichtweg als Treffpunkt. In den Anfangsjahren der Zuwanderung wurde, insbesondere von griechischen Arbeitervereinen (Griechische Arbeitergemeinden), eine echte Interessenvertretung angestrebt. Ihre politische Bedeutung nahm in den Folgejahren doch stetig ab. Ein Grund hierfür ist u.a. in der erfolgreichen Integrationspolitik der deutschen Gewerkschaften zu sehen, die sich nach der Durchsetzung des allgemeinen arbeits-, sozial- und tarifrechtlichen Gleichheitsgrundsatzes von Deutschen und Ausländern zu Beginn der Anwerbephase später auch um ihre Einbindung in die Gewerkschaftsorganisation bemühten.

3.2 Religiöse Vereine

Ein zweiter Schwerpunkt der Sozialarbeit von Einwandererverein bestand in der Bereitstellung religiöser Angebote. Dies entwickelte sich zum einen aus dem Bedürfnis vieler Zuwanderer heraus, Gottesdienste und religiöse Akte in der eigenen Sprache durchführen zu können. Zum anderen wurde dies notwendig, weil die meisten der aus der Türkei, Marokko und Tunesien zugewanderten Menschen Muslime waren und es in Deutschland entsprechende religiöse Einrichtungen nicht gab. Besonders die Anzahl islamischer Religionseinrichtungen wuchs seit Beginn der Einwanderung in den 1950er und 1960er Jahren sprunghaft. In vielen Städten entstanden Moscheevereine, die sich als eingetragene Vereine konstituierten. Inzwischen bildet der Islam die drittgrößte Glaubensgemeinschaft in der Bundesrepublik. Auf Bundesebene haben sich mit dem Islamrat und dem Zentralrat zwei Spitzenverbände islamischer Religionsgemeinschaften herauskristallisiert, die die Stellung des Islams in Deutschland weiter ausbauen wollen (Lemmen 1999).

3.3 Freizeit- und Sportvereine

Im Laufe der Zeit haben sich über die reinen Begegnungszentren und religiösen Vereine hinaus weitere Vereine gebildet, die speziellere Freizeitangebote organisieren. Zu nennen sind hier vor allem Sportvereine, die in einigen Zuwanderungsgruppen mittlerweile den Hauptanteil selbständiger eingetragener Vereine ausmachen. In vielen Städten gibt es inzwischen nationale Sportvereine, die speziell für Mitglieder ihrer Nationalitätengruppe gegründet wurden, auch wenn sie in aller Regel am allgemeinen Spiel- und Sportbetrieb der Kommunen, Kreise und Länder teilnehmen. Neben Sport-

vereinen gibt es einen etwa gleich großen Anteil von Vereinen, die andere Freizeitbeschäftigungen organisieren, wie Musikvereine oder organisierte Reisegruppen.

3.4 Kulturvereine

Neben den Treffpunkten, religiösen Stätten und Freizeitvereinen entwickelten sich Vereine, die sich auf kulturelle Angebote für die Mitglieder ihrer Gruppe konzentrierten. Die Palette der Vereinsgründungen reicht über Folkloregruppen, multikulturelle Begegnungszentren bis hin zu Literatur-Clubs. In einer Studie zu Selbstorganisationen in Nordrhein-Westfalen (Thränhardt/Dieregsweiler 1999) gaben 90% der befragten Selbstorganisationen an, Angebote im kulturellem Bereich für ihre Mitglieder zu organisieren. Hieraus wird deutlich, dass dieser Vereinstypus inzwischen den Hauptanteil unter den Migrantenselbstorganisationen ausmacht und dabei den traditionellen Arbeiterverein in seiner Funktion teilweise ablöst.

3.5 Politische Vereine

Politische Vereinigungen von Migranten bildeten sich in Deutschland vor allem zu Beginn der siebziger Jahre im Zuge der Staats- und Regierungskrisen in vielen Heimatländern. Die Arbeit dieser Vereine und Parteiableger war sehr stark auf die politische Situation im Herkunftsland konzentriert. In einigen Migrantengruppen bildeten sich die konfrontativen heimatlichen Parteikonstellationen auch in Deutschland ab. Häufig dienten Migrantenvereine dabei als Vorfeldorganisationen der Heimatlandparteien. So hatten z.B. die italienischen Parteien „ein erhebliches Interesse an den Italienern im Ausland als Wähler, und der Staat förderte die Wahlbeteiligung durch Freifahrten aus Anlass der Wahlen“ (Thränhardt 1999: 31). Mit der innenpolitischen Beruhigung in den meisten Herkunftsländern (eine Ausnahme bildete nach dem Ende des Ost-West-Konflikts das ehemalige Jugoslawien) wendete sich die politische Aktivität der Migrantenverbände mehr und mehr den Problemen in der Bundesrepublik Deutschland zu.[5]

[5] So haben sich auch innerhalb der deutschen Parteien Unterorganisationen und Foren von und für in Deutschland lebende ausländische Staatsbürger gebildet. Als Beispiele für türkische Partner- und Unterorganisationen der Parteien seien hier das „Deutsch-Türkische Forum“ (DTF) in der CDU, die FDP-nahe „Liberale Türkisch-Deutsche Union“ (LDT) oder das Migrantenforum „IMMIGRÜN“ bei Bündnis 90/ Die Grünen genannt. Seit den siebziger Jahren besteht bereits die „Föderation der Volksvereine türkischer Sozialdemokraten“ in Deutschland (vgl. Zentrum für Türkeistudien 1999). Die Partizipationsmöglichkeiten innerhalb der Parteien für Migranten bleiben jedoch begrenzt, solange sie nicht die deutsche Staatsbürgerschaft erworben haben. Ausländer dürfen sich zwar um Parteiämter, je-

Eine weitere Entwicklung besteht in der Formierung von Interessenverbänden. Nach einer ersten Gründungswelle in den siebziger Jahren schlossen sich in den 1990er Jahren verschiedenartige Migrantenvereinigungen auf Bundesebene zu einem Dachverband zusammen. Ziel dieser Bestrebungen ist es, als Interessenverband der jeweiligen Zuwanderungsgruppe anerkannt zu werden und als gleichberechtigter Partner z.B. in den Gesetzgebungsprozess einbezogen und angehört zu werden. Ein Beispiel hierfür ist die Gründung der „Türkischen Gemeinde in Deutschland" (DTG) im Jahre 1995 oder auch das bereits in den 80er Jahren formierte „Bündnis türkischer Einwanderer" (TGB) in Hamburg (vgl. Zentrum für Türkeistudien 1999: 28). Auch die oben angesprochenen religiösen Organisationen können in diesem Zusammenhang als Beispiel herangezogen werden, die sich neben den beiden christlichen Kirchen als Körperschaft des öffentlichen Rechts etablieren möchten, und u.a. um die Einführung des Islamunterrichts an deutschen Schulen kämpfen (vgl. hierzu Karakasoglu-Aydin 1996).

3.6 Familien- und Elternvereine

Mit dem Nachzug von Familienangehörigen der Arbeitsmigranten stellte sich die Lebenssituation der Migranten in Deutschland neu dar. Besonders die Beschulung der Kinder der Migranten, seien sie zugewandert oder hier geboren, stellte sich als zentrale Herausforderung für das Leben in Deutschland dar, nachdem 1964 die allgemeine Schulpflicht für Kinder und Jugendliche mit ausländischer Staatsangehörigkeit eingeführt worden war. Nach ihrer Einführung gab es zunächst Probleme mit der Erfassung ausländischer Kinder, später existierten Missverständnisse bzgl. der Dauer der Schulpflicht, die in vielen Zuwanderungsländern mit 5-6 Jahren (Griechenland, Türkei, Portugal) wesentlich kürzer war als in Deutschland. Eine Reaktion auf die neuen Herausforderungen bestand in der Gründung von Elternvereinen, die sich bildungspolitischen Fragen annahmen und Dienstleistungsangebote, wie Hausaufgabenhilfe und Rechtsberatung in schulpolitischen Fragen, bereitstellten. Dieser Organisationstypus ist bis heute besonders bei Spaniern und Griechen weit verbreitet, wobei die politische Grundausrichtung dieser Vereine unterschiedlich war und ist. Spanische Elternvereine befürworteten eine konsequente Gleichstellungspolitik deutscher und spanischer Schüler (Breitenbach 1978), während Griechen eine separate Beschulung ihrer Kinder in griechischen Klassen und Schulen forderten und in weiten Bereichen auch durch-

doch nicht um öffentliche Ämter bewerben. Dies ist nach Art. 33 Grundgesetz allein deutschen Staatsbürgern vorbehalten (vgl. auch Hunger 2001).

setzen konnten (Die griechischen Gemeinden in der BRD 1980). Wie weiter unten gezeigt werden soll, kann durchaus ein Zusammenhang zwischen einem engagierten Eintreten von Elternvereinen und dem Schulerfolg ihrer Kinder aufgezeigt werden. Bei Italienern ist vor allem der Typus des Familienvereins weit verbreitet, der allerdings weniger bildungspolitischen Charakter trägt, sondern mehr als Begegnungszentrum dient.

3.7 Berufsverbände und Wirtschaftsvereine

Im Zuge des weiteren Einwanderungs- und Integrationsprozesses änderte sich in den 1970er und 1980er Jahren auch die berufliche Situation und Stellung von Ausländern in Deutschland. Waren ausländische Arbeitskräfte zunächst nur für Arbeiten in der industriellen Fertigung angeworben worden, so stießen Migranten in den Folgejahren immer mehr in andere Tätigkeitsbereiche, wie etwa den Dienstleistungsbereich, vor. Wenngleich die Beteiligung von Zuwanderern in vielen Bereichen (etwa im Angestelltenbereich) heute noch defizitär ist, hat insgesamt doch eine beachtliche Aufwärtsbewegung stattgefunden. Die veränderte Wirklichkeit der Migranten hat im Organisationsbereich zu den entsprechenden Reaktionen geführt. Heute sind vermehrt Gründungen von Berufs- und Branchenverbänden ausländischer Selbständiger in Deutschland zu registrieren (Zentrum für Türkeistudien 1999), wie z.B. Ärzteverbände und Zusammenschlüsse von Einzelhandelskaufleuten. Wie wichtig dieser Typus von Interessenorganisation für Migranten in Deutschland heute bereits geworden ist, wird deutlich, wenn man bedenkt, dass der Anteil selbständig tätiger Migranten unter allen Erwerbstätigen inzwischen genau so hoch ist wie der bei Deutschen.

3.8 Soziale und humanitäre Vereine

Des weiteren gibt es einen bedeutenden Anteil von sozialen und humanitären Vereinen, die von Zuwanderern in Deutschland gegründet wurden. Humanitäre Vereine haben sich vor allem konstituiert, um Landsleuten zu helfen, die als Flüchtlinge nach Deutschland gekommen sind bzw. in ihrer Heimat unter Krieg oder politischer Verfolgung leiden. Dieser Vereinstyp findet sich heute vor allem bei Zuwanderern aus dem ehemaligen Jugoslawien. Bei Migranten aus Bosnien-Herzegowina verfolgt mehr als jeder dritte eingetragene Verein (38%) humanitäre Zwecke.

3.9 Vereine für einzelne Gruppen

Als letztes können Vereine identifiziert werden, die ihr Angebot auf bestimmte Untergruppen einer Zuwanderungsgruppe zugeschnitten haben. Hierunter fallen neben den Eltern- und Familienvereinen, die wegen ihrer besonderen Bedeutung aus dieser Gruppe herausgenommen wurden, vor allem Jugend-, Studenten-, Frauen- und Seniorenvereine, die alle zusammen jedoch weniger als 5 Prozent aller eingetragenen ausländischen Vereine in Deutschland ausmachen.

Tabelle 1: Ausländische Vereine in Deutschland nach Vereinstypen 2001

Vereinstyp	**%**
Kulturvereine	22,3
Begegnungszentren	16,5
Soziale + humanitäre Vereine	14,9
Sport- und Freizeitvereine	14,8
Religiöse Vereine	11,6
Politische Vereine	5,3
Familien- und Elternvereine	5,2
Wirtschaftsvereine	4,7
Vereine für einzelne Gruppen	4,6
Keine Angabe möglich	0,1
Summe	100
Quelle: Organisationsstudie „Ausländische Vereine in Deutschland, IfPol, WWU Münster 2001.	

4. Organisationsunterschiede zwischen einzelnen Herkunftsnationalitäten

Wie die vorhergehende Darstellung der Vereinstypen und ihrer Funktionen gezeigt hat, ist die Landschaft der Migrantenselbstorganisationen in Deutschland sehr heterogen. Auf der einen Seite gibt es eine Vielzahl von Organisationen und Vereinen, die ihre Arbeit vor allen Dingen der Kultur und der Politik des Heimatlands widmen, auf der anderen Seite gab es schon zu Beginn der 1960er Jahre Organisationen, die sich verstärkt mit der Bewältigung der konkreten Lebensprobleme ihrer Gruppen in Deutschland befassten. Weitere Klarheit über das weit verzweigte Organisationswesen von Migranten in Deutschland gewinnt man, wenn die Organisations- und Ent-

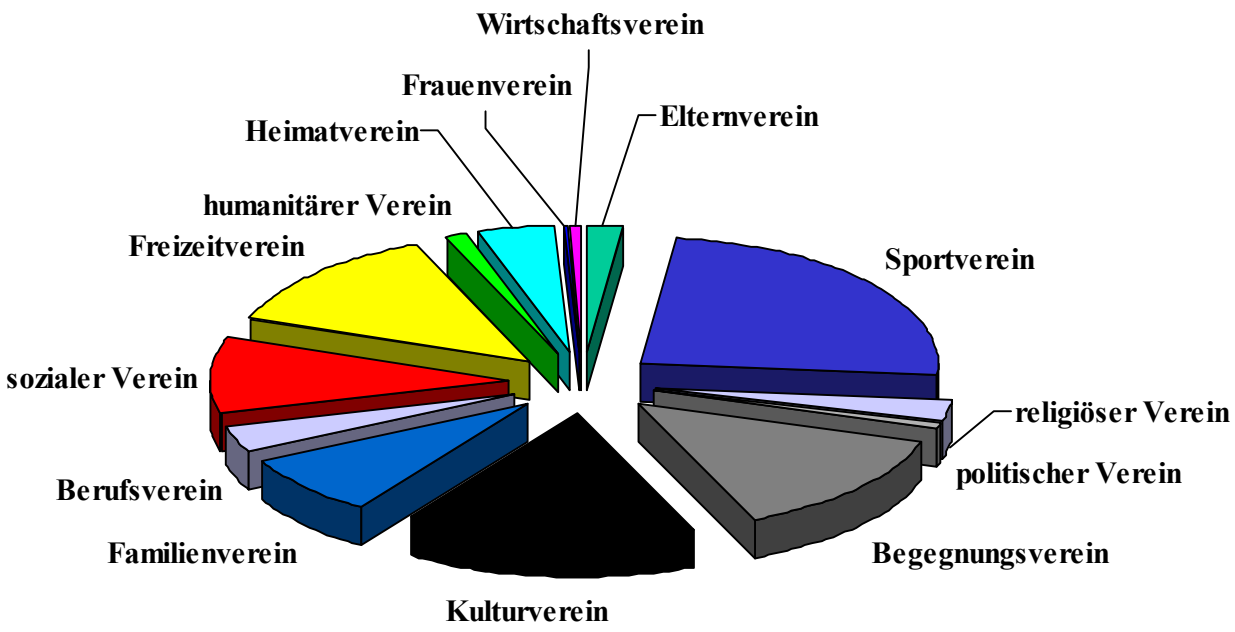
wicklungsunterschiede zwischen den verschiedenen Zuwanderungsnationalitäten betrachtet. Im folgenden soll dies exemplarisch anhand der fünf Hauptzuwanderungsnationalitäten geschehen. Wie sich zeigt, bestehen auch in dieser Hinsicht enorme Unterschiede (vgl. hierzu auch Thränhardt 1999).

4.1 Italiener

Die italienische Organisationsentwicklung war von Beginn an sehr eng mit dem Heimatstaat und der deutschen Betreuungsorganisation verknüpft. Seit 1967 gründeten sich auf der einen Seite in der Trägerschaft der italienischen Konsulate in Deutschland Komitees zur Sozialbetreuung der Italiener in Deutschland, die sich Fragen der Bildung, Freizeitgestaltung usw. zuwandten und durch den italienischen Staat finanziert wurden. Auf der anderen Seite gründeten sich viele Vereine in Kooperation mit der Caritas und aus der Katholischen Italienischen Missionsarbeit in Deutschland heraus. Die Führungspositionen in beiden Organisationstypen wurden zumeist von Honoratioren aus Deutschland und Italien besetzt. „Damit gab es professionelle Organisationseliten, die an einem späteren Aufstieg im Heimatkontext orientiert waren, und ehrenamtliche Eliten, die ebenfalls an diesen Kontext gebunden waren. Insgesamt entstand auf diese Weise ein doppelter Klientelismus gegenüber dem Betreuungsverband und gegenüber der Heimatpolitik, was die Formulierung eigenständiger Interessen eher behinderte. Dies kommt auch heute noch dadurch zum Ausdruck, dass die meisten Vereine der Italiener im Gegensatz zu denen der Spanier bis heute keine eigene Rechtspersönlichkeit haben, sondern finanziell von der Caritas abhängig sind“ (Thränhardt 1999: 32f.).

Ein Blick auf die heutigen Schwerpunkte der italienischen Vereinsarbeit in Deutschland bestätigt diese Einschätzung. Die überwiegende Mehrzahl der Vereine dient als Freizeit- und Begegnungsstätte, während politisch orientierte Organisationen kaum eine Rolle spielen. Zu erwähnen ist aber auch, dass es bei italienischen Vereinen im Vergleich zu anderen Nationalitäten eine große Zahl von Wirtschafts- und Berufsvereinen gibt.

Abbildung 1: Italienische eingetragene Vereine in Deutschland nach Vereinstyp 2001



Quelle: Organisationsstudie „Ausländische Vereine in Deutschland", IfPol, WWU Münster 2001.

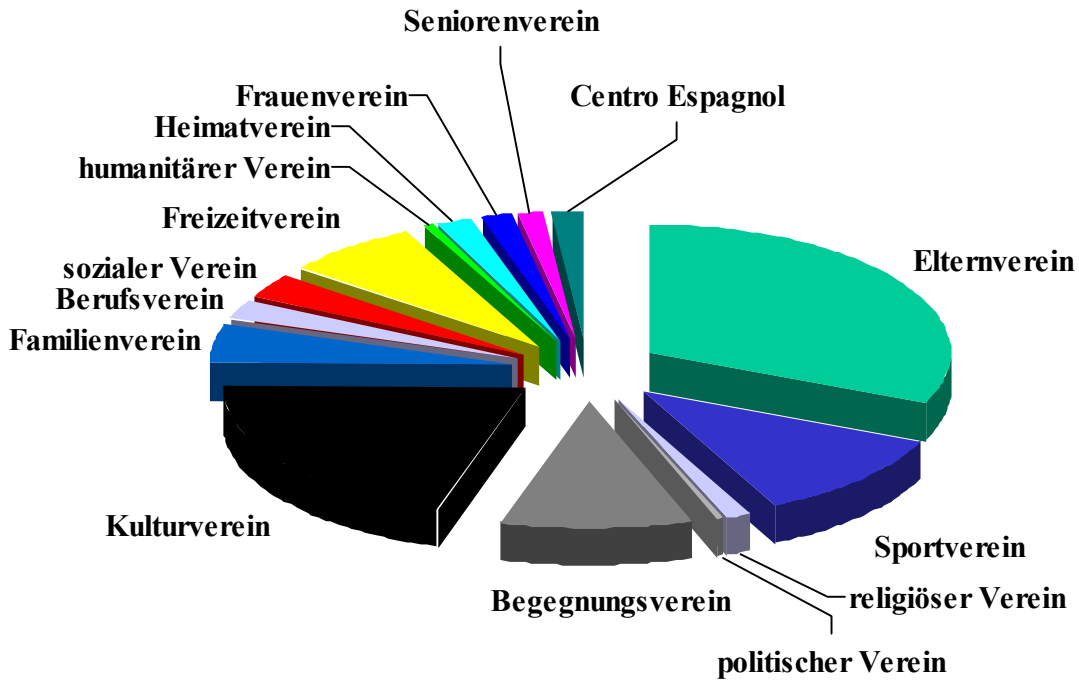
4.2 Spanier

Die spanische Organisationsentwicklung kann von der italienischen klar abgegrenzt werden. Zwar gehen ihre Anfänge auch auf die Initiative des spanischen Konsulats und der Caritas zurück, die die Gründung von religiösen Begegnungszentren und „Spanien-politischen" Vereinigungen förderten, doch im Gegensatz zur italienischen Entwicklung gelang es den spanischen Einwanderern sehr viel früher, sich von dem Einfluss der Betreuungsverbände zu emanzipieren und eine eigenständige Position zu entwickeln. Angesichts der konkreten Lebensprobleme der spanischen Bevölkerung bildete sich bereits in den 1960er Jahren eine „Basisbewegung" (Thränhardt/Dieregsweiler 1999: 15), die sich konkreten Problemen ihrer Gruppe in Deutschland annahm. Der gemeinsame Widerstand der Emigranten gegen die Franco-Diktatur in Spanien sorgte für einen großen Zusammenhalt innerhalb der spanischen Gruppe und sensibilisierte zudem für gesellschaftspolitische Fragestellungen in

Deutschland. Ein wesentliches Thema in diesem Zusammenhang bestand – wie oben bereits angedeutet – in der Schulfrage spanischer Einwandererkinder. Als Reaktion auf schulische Defizite gründeten sich flächendeckend spanische Elternvereine, die sich 1973 zu einem gemeinsamen Bundesverband zusammenschlossen (Breitenbach 1984). Typisch für die spanische Organisationsentwicklung ist seitdem eine ausgesprochen pragmatische Ausrichtung in der Vereinsarbeit. Diese Tradition wird heute dadurch fortgesetzt, dass sich Seniorenvereine gebildet haben, die bei der Lebensgestaltung und –bewältigung älterer Migranten in Deutschland helfen.

Diese Schwerpunktsetzung ist immer noch klar zu erkennen. Über ein Viertel der eingetragenen spanischen Vereine in Deutschland widmen sich der Elternarbeit und leisten damit einen wichtigen Beitrag für die Schulasbildung spanischer Kinder in Deutschland.

Abbildung 2: Spanische eingetragene Vereine in Deutschland nach Vereinstyp 2001



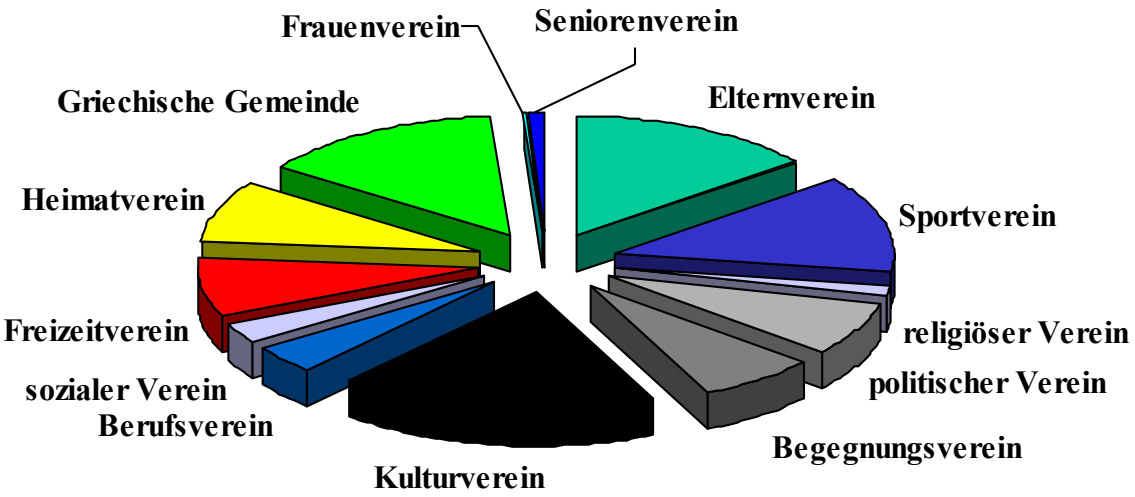
Quelle: Organisationsstudie „Ausländische Vereine in Deutschland“, IfPol, WWU Münster 2001.

4.3 Griechen

Die Einwanderungs- und Organisationsgeschichte der Griechen in Deutschland unterscheidet sich wiederum von der italienischen und spanischen. Sie ist in sehr viel stärkerem Maße von historischen Traditionslinien und nationalen Erfahrungen griechischer Auswanderer in früheren Epochen geprägt. Bei allen griechischen Auswanderungen spielten Solidarität und Gruppenzusammenhalt eine wichtige Rolle für das Selbstverständnis und die Lebensbewältigung griechischer Gruppen im Ausland. Entsprechend haben sich auch die griechischen Einwanderer in Deutschland verhalten. Bereits zu Beginn der sechziger Jahre begannen sie, sich sehr homogen in der sog. „Griechischen Gemeinde“ in Deutschland zu organisieren. Zunächst gab es Gründungen auf lokaler Ebene. 1965 folgte der Zusammenschluss der Gemeinden auf Bundesebene im „Verband der griechischen Gemeinden“. Die Opposition gegen die Militärdiktatur in Griechenland stärkte den einsetzenden Kohäsionsprozess zusätzlich. Die binnenpolitische Konstellation in den Gemeinden war dabei durchaus pluralistisch angelegt. So werden die Führungspositionen in den Gemeinden „durch Wahlen anhand von Parteilisten bestimmt, was eine starke Beziehung der Organisationseliten auf die griechischen Parteien bedingt“ (Thränhardt 1999: 30). Insgesamt war der Formierungsprozess griechischer Organisationen aber sehr stark von dem beschriebenen Zusammengehörigkeitsgefühl geprägt, was sich z.B. auch darin ausdrückt, dass die persönlichen Beziehungsnetzwerke von Griechen in Deutschland sehr viel stärker auf die eigene Nationalität bezogen sind, als dies bei anderen Gruppen, wie etwa den Spaniern oder Italienern, der Fall ist.

Wie bei den Spaniern spielt die Bildungspolitik bei der Vereinsarbeit der Griechen in Deutschland eine große Rolle. Allerdings drangen die Griechen, anders als die Spanier, nicht auf eine generelle Gleichbehandlung ihrer Kinder im deutschen Schulsystem, sondern forderten ein separates Schulsystem für griechische Einwandererkinder, das sich in der Gründung vieler griechischer Schulen, vor allem Gymnasien, in Deutschland niederschlug. Man sieht in der Verteilung der Vereinstypen innerhalb des griechischen Vereinswesens bis heute eine klare Orientierung auf die Elternarbeit. Neben den Elternvereinen, die u.a. auch Hausaufgabenhilfe anbieten, sind auch die griechischen Gemeinden sehr stark in der Bildungsarbeit engagiert.

Abbildung 3: Griechische eingetragene Vereine in Deutschland nach Vereinstyp 2001



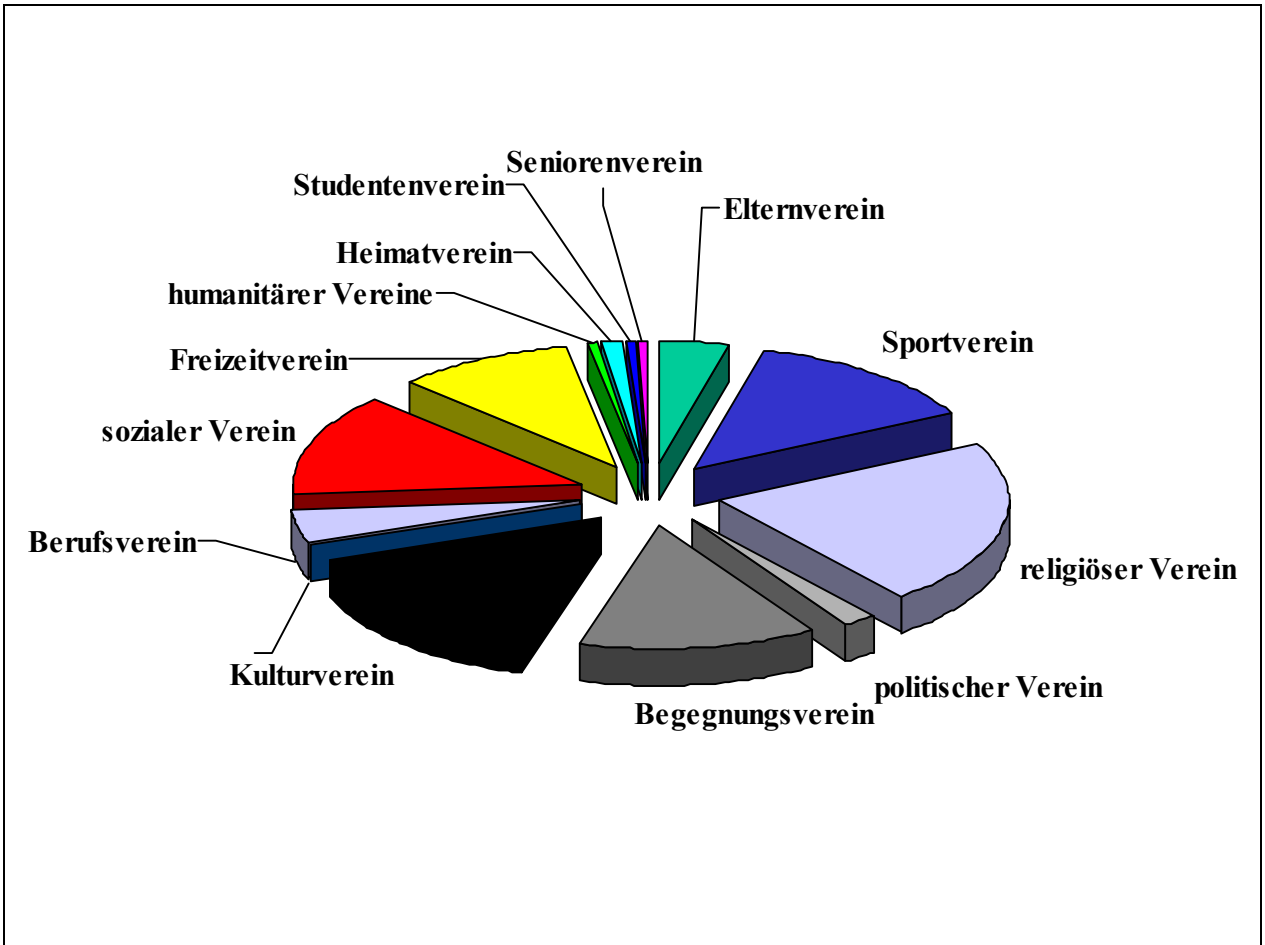
Quelle: Organisationsstudie „Ausländische Vereine in Deutschland", IfPol, WWU Münster 2001.

4.4 Türken

Die Organisationsentwicklung der Türken in Deutschland war ebenfalls sehr stark von der innenpolitischen Situation im Heimatland geprägt. Besonders in den siebziger Jahren sorgten die innenpolitischen Konflikte in der Türkei für eine große Politisierung und Radikalisierung der Vereinsarbeit von Türken in Deutschland. Die entstandenen und in diesem Zuge gegründeten Organisationen der Türken in Deutschland wurden dazu benutzt, die in der Türkei unterdrückten politischen Konflikte auszutragen. „Ein Effekt dieser Situation war es, dass türkische Organisationen sich gegenseitig gegenüber der deutschen öffentlichen Meinung denunzierten und auf diese Weise Schreckbilder schufen, die bis heute weit über die faktische Relevanz hinaus lebendig geblieben sind, insbesondere das des ‚Grauen Wolfes' und des ‚islamischen Fundamentalisten'. Dies trug zur Verstärkung der Stigmatisierung der Türken und Kurden bei" (ebd.: 35).

Erst in den achtziger Jahren bildete sich mit der Verfestigung der Aufenthaltssituation der Türken in Deutschland und der innenpolitischen Entspannung in der Türkei ein neuer Trend in der Organisationsentwicklung hin zu einer stärkeren Deutschlandorientierung und einer deutlichen Entideologisierung aus. Dieser Trend hat sich, wie die bereits oben zitierten Beispiele aktueller türkischer Vereinsgründungen zeigen, in den neunziger Jahren fortgesetzt. So nimmt auch der Anteil der türkischen Elternvereine zu. Aufgrund ihrer muslimischen Religionszugehörigkeit erklärt sich, dass religiöse Vereine im türkischen Vereinswesen den Hauptanteil ausmachen.

Abbildung 4: Türkische eingetragene Vereine in Deutschland nach Vereinstyp 2001



Quelle: Organisationsstudie „Ausländische Vereine in Deutschland“, IfPol, WWU Münster 2001.

4.5 (Ehemalige) Jugoslawen

Die Interessen- und Organisationsentwicklung von jugoslawischen Zuwanderern in Deutschland unterschied sich von allen bisher behandelten Gruppen vor allem in dem Punkt, dass Jugoslawien zum Zeitpunkt der Anwerbeverträge Mitglied des Warschauer Paktes war und als solches ein angespanntes Verhältnis zur im westlichen Bündnis

eingebundenen Bundesrepublik Deutschland hatte. Die jugoslawische Staatsregierung achtete darauf, dass die jugoslawischen Staatsbürger sich nicht in die inneren Angelegenheiten der Bundesrepublik Deutschland einmischten, und förderte durch finanzielle Unterstützungsleistungen die Verbundenheit mit dem Heimatland Jugoslawien und damit auch den Rückkehrwillen ihrer Staatsbürger. Vor diesem Hintergrund konnte sich eine selbstgesteuerte und selbstbewusste Interessenartikulation, die sich in Organisationsgründungen niederschlagen hätte können, nur schwer entfalten. Statt dessen entwickelte sich ein Vereinssystem, das sehr eng an die Politik des Heimatstaats angebunden war. Mit den umfangreichen Unterstützungszahlungen durch den jugoslawischen Staat blieb der Einfluss auf die Vereinsarbeit in Deutschland gewahrt. In Ermangelung alternativer attraktiver Angebote von deutscher Seite fiel das Engagement des jugoslawischen Staats bei den ausgewanderten Jugoslawen in Deutschland auf fruchtbaren Boden.

Mit der Auflösung des Warschauer Paktes und der Eskalation des Jugoslawien-Konflikts lösten sich die verschiedenen Volkszugehörigkeiten umspannenden jugoslawischen Vereine in Deutschland sehr schnell auf, und es bildeten sich neue Vereine entlang der ethnischen Konfliktlinien. Wie bereits angeklungen, haben sich vor allem bosnische Vereine zur Unterstützung von Bürgerkriegsflüchtlingen in Deutschland gebildet. Im Vergleich zu den anderen Nationalitäten wird deutlich, dass bei den (ehemaligen) Jugoslawen der Typ des Kultur-, Begegnungs- und Freizeitvereins wie schon zu Beginn der Anwerbezeit noch immer dominiert. Es sind dagegen so gut wie keine Elternvereine in das Vereinsregister eingetragen. Die nachfolgende Tabelle gibt einen detaillierten Überblick über die aktuelle Situation des Vereinswesens von Zuwanderern aus Jugoslawien und seinen Nachfolgestaaten (ohne Slowenien).

Tabelle 2: Eingetragene Vereine von Zuwanderern aus Jugoslawien und seinen Nachfolgestaaten in Deutschland nach Vereinstyp 2001

	(ehem.) Jugoslawien*		**Serbien**		**Kroatien**		**Bosnien-Herzegowina**		**Mazedonien**	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Elternverein	1	0,5	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Sportverein	24	13,1	5	8,1	11	7,6	5	3,8	2	6,7
religiöser Verein	14	7,7	9	14,5	0	0,0	12	9,2	6	20,0
politischer Verein	1	0,5	1	1,6	18	12,4	2	1,5	0	0,0
Begegnungsverein	29	15,8	4	6,5	11	7,6	9	6,9	1	3,3
Kulturverein	37	20,2	29	46,8	48	33,1	29	22,1	9	30,0
Berufsverein	6	3,3	0	0,0	5	3,4	0	0,0	0	0,0
sozialer Verein	14	7,7	0	0,0	12	8,3	9	6,9	3	10,0
Freizeitverein	36	19,7	7	11,3	2	1,4	6	4,6	6	20,0
humanitärer Verein	12	6,6	6	9,7	29	20,0	50	38,2	1	3,3
Heimatverein	6	3,3	0	0,0	7	4,8	7	5,3	2	6,7
Studentenverein	0	0,0	0	0,0	0	0,0	1	0,8	0	0,0
Frauenverein	0	0,0	0	0,0	1	0,7	0	0,0	0	0,0
Seniorenverein	3	1,6	1	1,6	1	0,7	1	0,8	0	0,0
Summe	183	100	62	100	145	100	131	100	30	100

** teilweise nicht eindeutig zuzuordnen.*

Quelle: Organisationsstudie „Ausländische Vereine in Deutschland, IfPol, WWU Münster 2001.

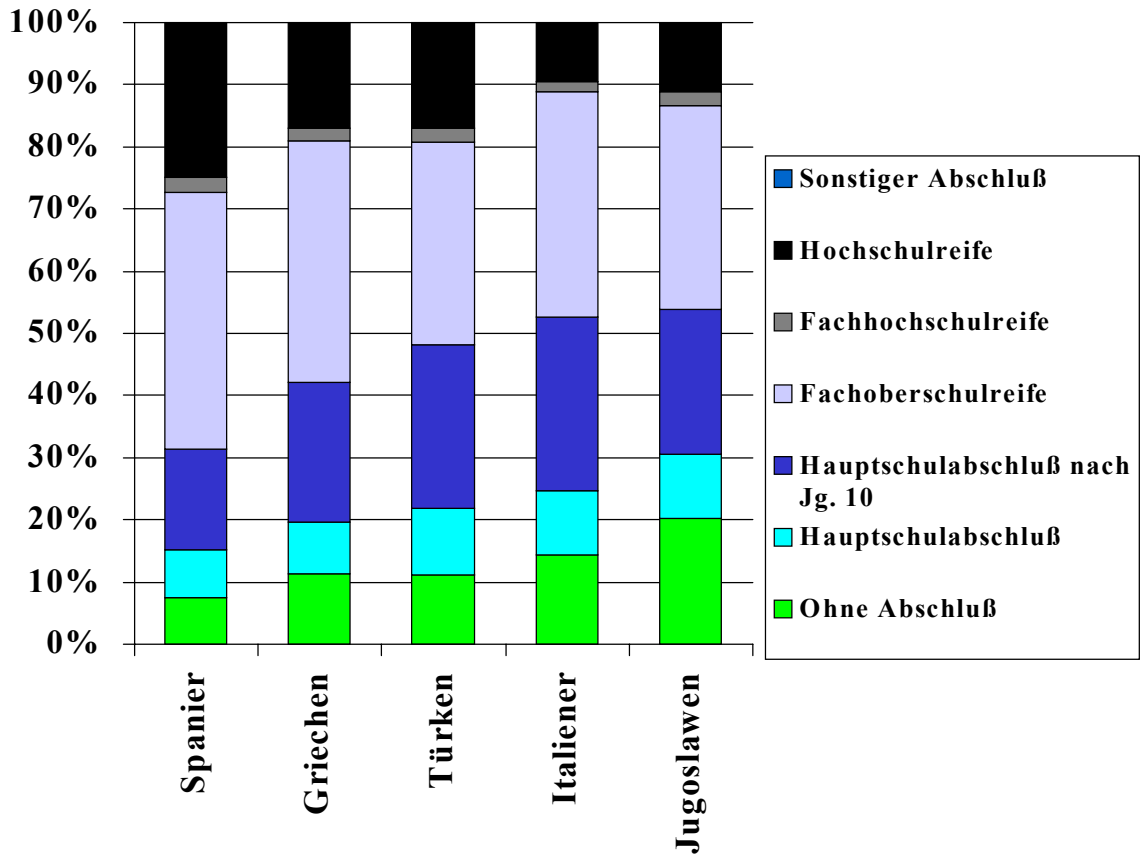
5. Selbstorganisation und Integration

Der Beitrag der Migrantenselbstorganisationen im Integrationsprozess durch ihr aktives bürgergesellschaftliches Engagement fand lange Zeit weder in der Migrationsforschung noch in der Politik ausreichende Beachtung. Der Diskurs war vor allem auf Defizitbereiche der deutschen Sozialpolitik fokussiert, und es stand allein die Frage im Vordergrund, welche Maßnahmen von Seiten der staatlichen Sozialpolitik bzw. der Wohlfahrtsverbände zur Verbesserung der Lebenslage der Zuwanderer ergriffen werden müssten. Das Selbsthilfepotential von Migranten war dagegen kaum Gegenstand der Diskussion. Ein Grund hierfür kann sicherlich darin gesehen werden, dass Migrantenselbstorganisationen zum großen Teil außerhalb der Wahrnehmung der deutschen Öffentlichkeit operierten und am Rande des Organisationssystems der deutschen Wohlfahrtsverbände angesiedelt waren. Migrantenvereine wurden in der deutschen Öffentlichkeit eher als desintegrierendes Moment wahrgenommen. Nur langsam setzt sich die Erkenntnis durch, dass ihre Arbeit durchaus eine Bedeutung für das Gelingen des Integrationsprozesses in Deutschland haben kann.

5.1 Unterschiede im Bildungserfolg

Das Integrationspotential der Migrantenselbstorganisationen kann insbesondere an der produktiv arbeitenden Organisation der spanischen Elternverbände verdeutlicht werden. Betrachtet man heute den Schulerfolg ausländischer Kinder und Jugendlicher an deutschen Schulen, so fällt besonders das gute Abschneiden spanischer Schülerinnen und Schüler ins Auge. Die überwiegende Mehrzahl spanischer Schüler besucht weiterführende Schulen (für Nordrhein-Westfalen vgl. Abbildung 5) und erringt höhere Bildungsabschlüsse, während bei anderen Nationalitäten nach wie vor in vielen Bereichen eine strukturelle Schlechterstellung festzustellen ist. Bei Spaniern ist im Hinblick auf den Schulerfolg dagegen kaum noch ein Unterschied zu deutschen Kindern und Jugendlichen zu erkennen. Die Unterschiede zwischen den Zuwanderungsnationalitäten bleiben auch bestehen, wenn Hintergrundvariablen wie Aufenthaltsdauer, Bildung der Eltern etc. statistisch berücksichtigt werden (Alba u.a.). Eine Erklärung kann in der organisatorischen Unterstützung der Schüler durch die spanischen Elternvereine liegen.

Abbildung 5: Schulabschlüsse ausgewählter Nationalitäten in NRW 2000 (in %)



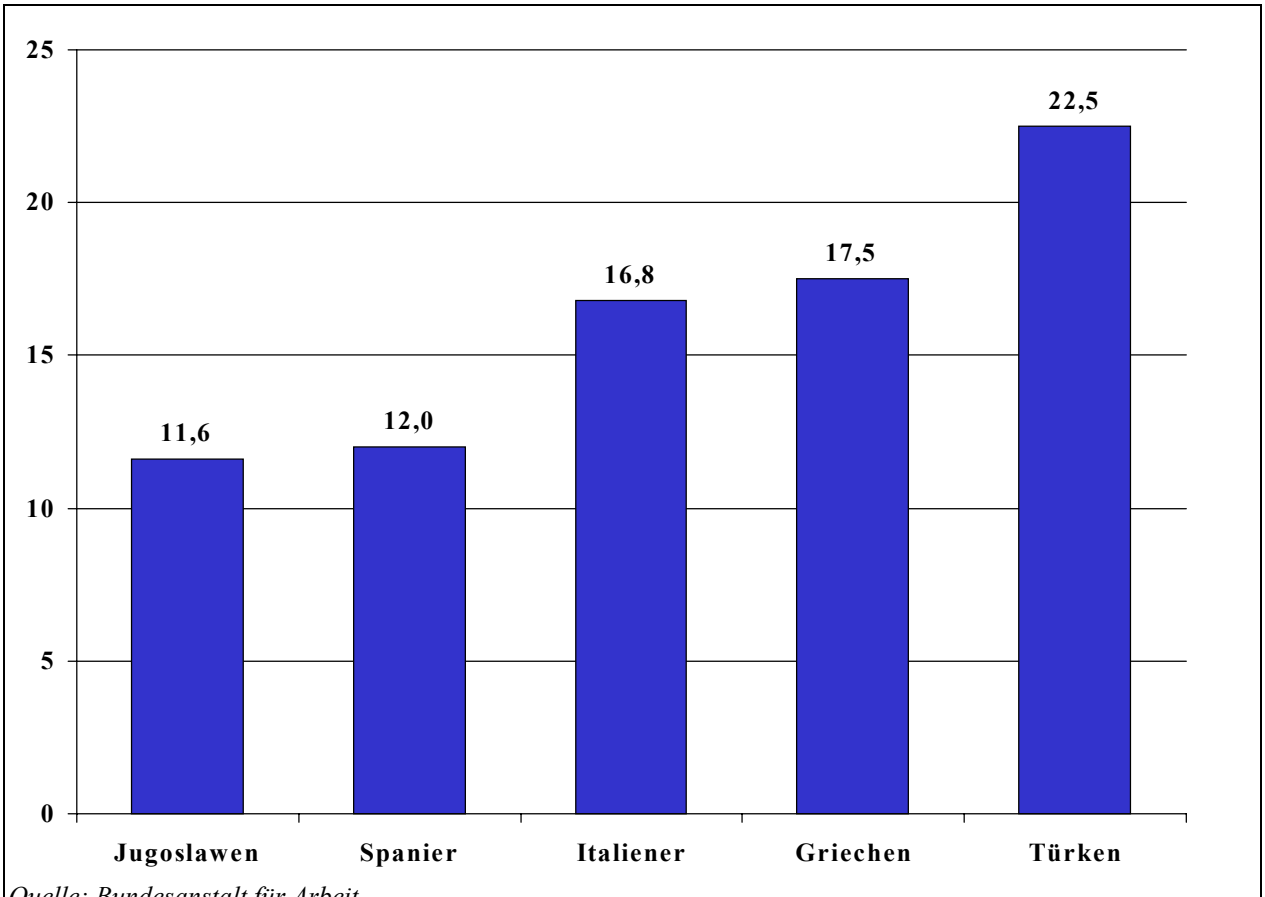
Quelle: Landesamt für Statistik NRW.

Ebenso auffallend wie das gute Abschneiden spanischer Schüler ist das Abfallen von Schülerinnen und Schülern italienischer Herkunft. Sie nehmen den letzten Platz in der Rangfolge des Schulbildungserfolgs ein, wenn man von den Schülern aus dem ehemaligen Jugoslawien absieht, deren Zahlen aufgrund der großen Zahl von Bürgerkriegsflüchtlingen nur bedingt vergleichbar sind. Ein vielfach angeführter Grund für das schlechte Abschneiden italienischer Schüler wird in dem im Vergleich zu anderen Zuwanderungsnationalitäten stärkeren Hin- und Herwanderungen zwischen Deutschland und Italien gesehen. Die Schweiz kann in diesem Zusammenhang als Gegenbeispiel angeführt werden. Untersuchungen für den Raum Zürich haben in diesem Zusammenhang ergeben, dass Italiener hier in sehr viel stärkerem Maße zwischen der Schweiz und ihrem Heimatland hin- und hergewandert sind als in Deutschland, die Bildungsdaten aber zugleich dennoch günstiger waren als in Deutschland (Schöneberg 1985). Vor diesem Hintergrund erhält die These, dass Eigeninitiative und effektive Organisationsbildung den Integrationserfolg beeinflussen weitere Plausibilität.

5.2 Disparitäten in der Arbeitsmarktsituation

Ähnliche Ergebnisse findet man auch im Bereich des Arbeitsmarktes, wo spanische Arbeitnehmer ebenfalls die günstigsten Integrationswerte aufweisen. So verfügen spanische Beschäftigte sowohl im Hinblick auf die nationalitätenspezifischen Arbeitslosigkeitsrisiken als auch in Bezug auf die Partizipation in höheren Arbeitsmarktsegmenten über bessere Werte als andere Gruppen, beispielsweise gemessen am Angestelltenanteil unter den abhängig Beschäftigten (Bender/Karr 1993). Von der bisherigen Forschung konnten diese Nationalitätenunterschiede nicht hinreichend aufgeklärt werden. Weder der Rückgriff auf regionale Disparitäten in der Verteilung auf die ökonomisch verschieden starken Bundesländer noch auf Qualifikations- und Ausbildungsunterschiede der Beschäftigten konnte bislang Aufklärung über den unterschiedlichen Erfolg von verschiedenen Nationalitätengruppen geben (vgl. Bender/Karr 1993). In jüngster Zeit finden deswegen immer mehr Ansätze der Netzwerktheorie und der Bildung von sozialem Kapital innerhalb einzelner Zuwanderergruppen Eingang in die Integrationsforschung, auch bezogen auf den Arbeitsmarkterfolg (vgl. etwa Bommes 1996).

Abbildung 5: Arbeitslosenquoten ausgewählter Nationalitäten 2000 (in %)



Quelle: Bundesanstalt für Arbeit.

6. Ausblick: Verstärkter Praxisbezug und das funktionelle Hineinwachsen in das politische System der Bundesrepublik Deutschland

Wie diese kurzen Beispiele zeigen, hat sich die Bedeutung und Funktion von Migrantenselbstorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland seit Beginn der Einwanderung bis heute stark verändert. Existierten Migrantenorganisationen zu Anfang vor allem als Betreuungseinrichtungen und politische Clubs, die sich mit Problemen des Heimatlandes auseinandersetzen, so ist heute ein deutliches Hinwenden zu aktuellen Lebensfragen von Migranten in der Bundesrepublik Deutschland sowie ein verstärkter Praxisbezug in den Selbsthilfevereinen zu registrieren. Beispielhaft für diese Entwicklung ist die Szene türkischer Selbstorganisationen, in der seit den 1980er Jahren nicht mehr allein Arbeiter- und Moscheevereine sowie politisch auf das Herkunftsland orientierte Vereinigungen vorherrschen, sondern verstärkt Elternvereine zur Verbesserung der schulischen Ausbildung türkischer Kinder und Jugendlicher an deutschen Schulen sowie Berufsverbände auf lokaler, Landes- und Bundesebene gegründet werden (vgl. Zentrum für Türkeistudien 1999). Das Beispiel der spanischen Elternvereine zeigt, welches Potential in einer solchen Entwicklung liegen kann.

Von der Politik wird dieses Potential zunehmend erkannt und aufgegriffen. So hat die effektive Arbeit vieler Migrantenorganisationen dazu geführt, dass z.B. in Nordrhein-Westfalen ein Programm zur Unterstützung von Projekten von Migrantenselbstorganisationen initiiert wurde, in dem sich diese Vereine um öffentliche Gelder bewerben können (Landeszentrum für Zuwanderung 1999). In einem Modellprojekt in Schleswig-Holstein können sich Migrantenselbstorganisationen zudem um Gelder für die Sozialen Dienste bewerben und treten damit in direkte Konkurrenz zu den Wohlfahrtsverbänden. Damit wachsen Migrantenselbstorganisationen auch immer mehr in das System des Interessenpluralismus der Bundesrepublik Deutschland hinein. Auch auf Bundesebene hat dies - wie oben bereits angesprochen – seit den neunziger Jahren eine Entsprechung gefunden: Gerade in der türkischen Community gründen sich mehr und mehr Dachverbände zur effektiveren Durchsetzung ihrer Interessen in der deutschen Aufnahmegesellschaft. Als Beispiele können der Zusammenschluss von türkischen Berufs- und Selbständigenverbänden sowie die Gründung der Türkischen Gemeinde in Deutschland e.V. genannt werden.

Bis heute ist der Entwicklungstand von Interessenverbänden von Zuwanderern, verglichen mit anderen Ländern, allerdings nach wie vor relativ niedrig. Bei fehlender deutscher Staatsangehörigkeit sind Zuwanderer jedoch vor allem auf diese Form der

politischen Partizipation angewiesen. Wie die oben angeführten Beispiele demonstrieren sollten, können jedoch unterhalb der Ebene der Großverbände beachtliche Erfolge der Selbstorganisation und Vereinsbildung verbucht werden. Die Mehrzahl der Migrantenvereine kann zwar nicht auf die gleichen finanziellen und organisatorischen Mittel wie die deutschen Verbände und Vereine zurückgreifen, sie spielen aber eine wichtige Rolle im Integrationsprozess in Deutschland und leisten als „Basiselement der Demokratie“ (Zimmer 1996) damit auch einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der aktiven Bürgergesellschaft in Deutschland.

Literatur

Bender, Stefan/Karr, Werner (1993): Arbeitslosigkeit von ausländischen Arbeitnehmern: ein Versuch, nationalitätenspezifische Arbeitslosenquoten zu erklären, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nr. 2, S. 192-206.

Bommes, Michael (1996): Ausbildung in Großbetrieben. Einige Gründe, warum ausländische Jugendliche weniger Berücksichtigung finden, in: Ralph Kersten/Doron Kiesel/Sener Sargut (Hrsg.): Ausbilden statt Ausgrenzen. Jugendliche ausländischer Herkunft in Schule, Ausbildung und Beruf, Frankfurt, S. 31-44.

Breitenbach, Barbara von (1978): Der spanische Elternverein als Mittel zur Willensbildung und Selbstbestimmung spanischer Arbeitsmigranten in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt am Main (Diplomarbeit).

Die griechischen Gemeinden in der BRD (1980): in: Informationsdienst zur Ausländerarbeit, Nr. 4, S. 71-74.

Diehl, Claudia/ Urbahn, Julia (1999): Die soziale und politische Partizipation von Zuwanderern in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Haug, Rolf D. (1985): Initiativgruppen in der Ausländerarbeit und Selbstorganisation der Ausländer. Verbreitung, Bedeutung, Möglichkeiten, in: Dietrich Thränhardt (Hg.): Ausländerpolitik und Ausländerintegration in Belgien, den Niederlanden und der Bundesrepublik Deutschland, Münster, S. 103-129.

Hunger, U. (2000): Der ‚rheinische Kapitalismus' in der Defensive. Eine komparative Policy-Analyse zum Paradigmenwechsel in den Arbeitsmarktbeziehungen am Beispiel der Bauwirtschaft, Baden-Baden: Nomos.

Hunger, U. (2001): Party Competition and Inclusion of Immigrants in Germany, in: German Policy Studies, Nr. 3, S.302-330.

Karakasoglu-Aydin, Yasemin (1996): Zwischen Türkeiorientierung und migrationspolitischem Engagement: Neuere Entwicklungen bei türkisch-islamischen Dachverbänden in Deutschland, in: Zeitschrift für Türkeistudien, Nr. 4, S. 267-282.

Landeszentrum für Zuwanderung Nordrhein-Westfalen (1999): Evaluation der von der Landesregierung geförderten Projekte von Migrantenselbstorganisationen, in: Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung Kultur und Sport (Hg.): Selbstor-

ganisationen von Migrantinnen und Migranten in NRW. Wissenschaftliche Bestandsaufnahme, Düsseldorf, S. 129-137.

Lemmen, Thomas (1999): Muslimische Spitzenorganisationen in Deutschland: Der Islamrat und der Zentralrat, Altenberge: Verlag für Christlich-Islamisches Schrifttum.

Puskeppeleit, Jürgen/ Thränhardt, Dietrich (1990): Vom betreuten Ausländer zum gleichberechtigten Bürger. Perspektiven der Beratung und Sozialarbeit, der Selbsthilfe und Artikulation und der Organisation und Integration der eingewanderten Ausländer aus den Anwerbestaaten in der Bundesrepublik Deutschland, Freiburg.

Schöneberg, Ulrike (1985): Participation in Ethnic Associations: The Case of Immigrant in West Germany, in: International Migration Review, Nr. 19, S. 416-437.

Thränhardt, Dietrich (1989): Patterns of Organization among Different Ethnic Minorities, in: New German Critique, Nr. 46, S. 10-26.

Thränhardt, Dietrich/ Dieregsweiler, Renate (1999): Bestandsaufnahme der Potentiale und Strukturen von Selbstorganisationen von Migrantinnen und Migranten mit Ausnahme der Selbstorganisationen türkischer, kurdischer, bosnischer und maghrebinischer Herkunft in Nordrhein-Westfalen, in: Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung Kultur und Sport (Hg.): Selbstorganisationen von Migrantinnen und Migranten in NRW. Wissenschaftliche Bestandsaufnahme, Düsseldorf, S. 1-73.

Thränhardt, Dietrich (1999): Einwandererkulturen und soziales Kapital. Eine komparative Analyse der Zuwanderungsnationalitäten und Bundesländer, in: Ders. (Hg.): Texte zu Migration und Integration in Deutschland. Einschließlich einer Rezension von Bernhard Santel. Interkulturelle Studien 30, Münster, S. 7-44.

Zentrum für Türkeistudien (1999): Bestandsaufnahme der Zahl und Struktur der Selbstorganisation türkischer, kurdischer, bosnischer und maghrebinischer MigrantInnen unter besonderer Berücksichtigung ihres Integrationspotentials, in: Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung Kultur und Sport (Hg.): Selbstorganisationen von Migrantinnen und Migranten in NRW. Wissenschaftliche Bestandsaufnahme, Düsseldorf, S. 75-127.

Zimmer, Annette (1996): Vereine – Basiselement der Demokratie, Opladen.